# Lichtenstein-Callnberger Tageblatt

## Früher Wochen- und Nachrichtsblatt

Tageblatt für Hohndorf, Rödlitz, Bernsdorf, Rüsdorf, St. Egidien, Heinrichsort, Marienau, Neudörfel, Ortmannsdorf, Mülsen St. Niclas, St. Jacob, St. Micheln, Stangendorf, Thurm, Niedermülsen, Kuhschnappel und Tirschheim

**Amtsblatt für das Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein**

Älteste Zeitung im Amtsgerichtsbezirk — 69. Jahrgang.

**Nr. 131.** Hauptinsertionsorgan im Amtsgerichtsbezirk. Mittwoch, den 11. Juni Verbreitetste Zeitung im Amtsgerichtsbezirk. **1919.**


Auf Blatt 380 des hiesigen Handelsregisters, die offene Handelsgesellschaft in Firma **Riemietz & Müller** in **Mülsen St. Niclas** betr., ist heute eingetragen worden:

Der Kaufmann **Erwin Albert Müller** in Falkenstein i. V. ist als Gesellschafter ausgeschieden und der Korbfabrikant **Anton Eichhorn** in Breitenloh (Bayern) in die Gesellschaft eingetreten. Die Firma lautet künftig: **Riemeitz & Co.** Prokura ist erteilt dem Kaufmann **Richard Walther Fischer** in Mülsen St. Niclas.

Lichtenstein, den 7. Juni 1919.

**Das Amtsgericht.**

---

**Klippfisch.** markenfrei, 1/4 Pfd. 60 Pfg. bei Weiß.

**Städtisches Lebensmittelamt Lichtenstein.**

---

Bezirksverband.
Nr. 2576. Go.

Auf Anordnung des Wirtschaftsministeriums wird folgendes verfügt: Bei der **Richt- und Höchstpreisfreiheit vieler Frühgemüse- und Frühobstarten** in diesem Jahre besteht die Gefahr, daß von den Groß- und Kleinhändlern bei der Abgabe der Waren unangemessen hohe Preise gefordert werden. Es wird darauf hingewiesen, daß als **Großhandelsspanne** je nach der Gemüseart und den Unkosten des Großhändlers der Zuschlag zu den Erzeugerpreisen (sonstigen Erwerbspreisen) keinesfalls mehr als etwa **10 bis 15%** betragen darf. Davon sind die Frachtkosten, die Aufwendung für etwaige Aufkäufer sowie alle anderen Spesen zu decken. Der **Kleinhändler** darf zu dem von ihm gezahlten Erwerbspreis einen **Zuschlag** nehmen von höchstens

| | | | | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 0,30 | Mk., | wenn | er | je | Pfund | mehr | als | Mk. 1,— | | | |
| 0,25 | „ | „ | „ | „ | „ | „ | „ | 0,70 | bis | Mk. | 1,— |
| 0,20 | „ | „ | „ | „ | „ | „ | „ | 0,50 | „ | „ | 0,69 |
| 0,15 | „ | „ | „ | „ | „ | „ | „ | 0,40 | „ | „ | 0,49 |
| 0,11 | „ | „ | „ | „ | „ | „ | „ | 0,30 | „ | „ | 0,39 |
| 0,08 | „ | „ | „ | „ | „ | „ | „ | 0,20 | „ | „ | 0,29 |
| 0,07 | „ | „ | „ | „ | „ | „ | „ | 0,15 | „ | „ | 0,19 |
| 0,05 | „ | „ | „ | „ | „ | „ | „ | 0,10 | „ | „ | 0,14 |
| 0,04 | „ | „ | „ | „ | „ | „ | „ | 0,07 | „ | „ | 0,09 |
| 0,03 | „ | „ | „ | „ | „ | „ | „ | 0,07 | | | |

gezahlt hat.

**Bei Ueberschreitung der Preisspannen setzen sich die Händler der Gefahr der Beschlagnahme ihrer Waren (zu vergl. auch Verordnung des Wirtschaftsministeriums vom 14. Mai 1919 — Sächs. Staatszeitung Nr. 109 vom 16. Mai 1919 —) und der Strafverfolgung aus.**

Folgende Gemüsearten bleiben vorläufig höchstpreisfrei: Spargel, Rhabarber, Spinat, Mairüben, Tomaten, Gurken und Kürbisse; dagegen sind Erbsen, Bohnen, Möhren, Frühkohlrabi, Frühweißkohl, Frühwirsingkohl, Frührotkohl und Frühzwiebeln bestimmten Richtpreisen bew. Höchstpreisen unterworfen. Bis zum 1. Juni bleiben auch Möhren, bis 10. Juni auch Kohlrabi höchst- bezw. richtpreisfrei.

Glauchau, am 5. Juni 1919.

Amtshauptmann Freiherr v. Welck.

---

## Verordnung,

**die Meldepflicht der nicht gewerbsmäßigen Arbeitsnachweise betreffend, vom 5. Juni 1919.**

Nachdem die für die Bezirke der sächsischen Kriegsamtsstellen errichteten Zentralauskunftsstellen in Dresden und Leipzig Ende Juni dieses Jahres ihre Tätigkeit einstellen, werden auf Grund der Verordnung des Reichsamtes für wirtschaftliche Demobilmachung vom 9. Dezember 1918 (R. G. Bl. S. 1421) dem **Landesamt für Arbeitsvermittelung** in **Dresden,** Ritterstraße 14, die Aufgaben einer **Zentralausgleichstelle für den Arbeitsmarkt** im Freistaat Sachsen übertragen.

Das durch die Verfügung der stellvertr. Generalkommandos XII u. XIX vom 25. September 1917 beziehentlich vom 25. Februar und 18. September 1917 eingeführte Meldeverfahren der nicht gewerbsmäßigen Arbeitsnachweise über nicht unterbringbare Arbeitsuchende und nicht besetzbare offene Stellen bleibt in Kraft, jedoch mit der Maßgabe, daß die durch die genannten Verordnungen als Orts- beziehentlich Bezirkszentralen bestimmten öffentlichen oder Bezirksarbeitsnachweise die ihnen von den nicht gewerbsmäßigen Arbeitsnachweisen ihres Bezirks zugehenden, sowie ihre eigenen Meldungen nicht mehr an die Zentralauskunftsstellen in Dresden oder Leipzig, sondern an das **Landesamt für Arbeitsvermittelung** in **Dresden** einzusenden haben. Die gleiche Vorschrift gilt für die Arbeitsnachweise für kaufmännische, technische und Bureauangestellte. Die Meldungen sind dem Landesamt für Arbeitsvermittelung erstmalig zum Freitag, den 27. Juni dieses Jahres einzureichen.

Die nicht gewerbsmäßigen Arbeitsnachweise sind verpflichtet, dem Landesamt für Arbeitsvermittelung alle Auskünfte zu erteilen, die erforderlich sind, um einen genaueren Ueberblick über die Lage des Arbeitsmarktes zu erhalten.

Die nähere Ausführung dieser Verordnung, insbesondere eine notwendig werdende anderweite Abgrenzung der Meldebezirke, wird dem Landesamt für Arbeitsvermittelung übertragen. 30 C/19

**Das Arbeitsministerium.**

---

## Kurze wichtige Nachrichten

* Die französischen Soldaten fordern die sofortige Demobilisation; aus diesem Grunde haben sich in Toulouse ernste Vorgänge abgespielt. Die Artikel, die darüber berichten, sind von der Zensur gestrichen.

* Die Serben haben Klagenfurt besetzt.

* Die Tschechen erlitten erneut eine schwere Niederlage durch ungarische rote Truppen, denen Kaschau in die Hände fiel.

* In Oberschlesien haben sich alle Parteien zur Abwehr gegen Polen zusammengeschlossen.

* Die beabsichtigte Zerstückelung Deutsch-Österreichs wird dort in flammenden Protesten zurückgewiesen und der Verband gewarnt, das Volk nicht zum äußersten zu treiben. Die österreichische Antwort wird in etwa 10 Tagen überreicht werden.

* Im Ruhrgebiet haben neue spartakistische Putschversuche stattgefunden, der Hauptherd ist Duisburg. Der Abg. Fleißner fordert ganz offen zum Kampfe und zum Sturze der sächsischen Regierung auf und prophezeit große Umwälzungen schon für die allernächste Zeit.

* Der Berliner Streik ist in Ruhe beendet worden.

* Ueber den Kreis Marienburg ist der Belagerungszustand wegen wiederholter Anschläge auf militärische Anlagen verhängt.

* General Nangin hat sich gegenüber der rheinischen Bewegung für neutral erklärt, er hat Truppen fallen lassen. Gegen letzteren wurde von der preußischen Regierung ein Haftbefehl erlassen.

* Vier Delegierte der Fürstentümer Waldeck und Pyrmont sind auf Einladung der preußischen Staatsregierung nach Berlin abgereist zu Verhandlungen über eine Einverleibung der Fürstentümer in das preußische Staatsgebiet.

* Bei Oedenburg in Westungarn wurde ein gegenrevolutionärer Bauernaufstand von den ungarischen Kommunisten blutig unterdrückt; die Bauern wurden in Massen niedergeschossen.

* Die Völkerbund-Kommission, die in Abwesenheit Wilsons getagt hat, hat sich für die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund ausgesprochen.

* Aus Madrid wird gemeldet, daß bei den Parlamentswahlen die linken Parteien den Sieg davongetragen haben. Es wurden gewählt: 2 Sozialisten, 3 Republikaner, ein Mitglied der Reformpartei und 2 Anhänger der Regierung. Der Sieg der Linken hat in der Stadt großes Aufsehen hervorgerufen.

---

## Das Rätselraten

über den verbesserten Frieden ist auch während der Pfingsttage noch nicht zum Abschluß gekommen. Wenn man aber den französischen Blättern glauben darf, ist die von der amerikanischen und englischen Presse der letzten Tage angedeutete Krise in den Pariser Verhandlungen erledigt und die Antwort der Alliierten soweit fertig gestellt, daß die Ueberreichung in diesen Tagen erfolgen kann. Ueber ihren Inhalt gehen die Meinungen der Pariser Blätter je nach ihrem Standpunkte auseinander, und wir meinen, wir brauchen uns darüber heute kein Kopfzerbrechen darüber zu machen, wir werden ja noch bald genug den Text zu den Raubverbrechen hören und von den Bedingungen hören. In der letzten Zeit scheinen vor allem Oberschlesien, die Kolonialfrage und die Zahlung der Entschädigung die drei Weisen der Entente (Clemenceau, Wilson und Lloyd George) beschäftigt zu haben. Man ist anscheinend dahin übereingekommen, Oberschlesien zum größten Teile zu Polen zu schlagen, damit will der Vierverband Polen auf unsere Kosten in den Stand setzen, einen Teil der russischen Kriegskosten zu übernehmen und die Volksabstimmung für diese Gebiete ignorieren. Für alle Fälle aber soll dem deutschen Wirtschaftsleben der Kohlenbezug aus Oberschlesien gesichert bleiben. Auch in der Kolonialfrage und bei der Regelung des Finanzproblems sollen Aenderungen eintreten. Letzteres soll bei der Antwort vorläufig ganz ausgeschieden und die endgültige Festsetzung der Entschädigungssumme auf zwei Monate nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages hinausgeschoben sein mit der Deutschland entgegenkommenden Einschränkung, daß der Höchstbetrag 30 Milliarden nicht überschreiten darf. Hinsichtlich des Saarbeckens und der Besetzung des linken Rheinufers wird keine Aenderung zu erwarten. Die Entente will Deutschland augenscheinlich auch nur einen Teil der Kolonien lassen und wahrscheinlich auch diesen Teil unter die Aufsicht des Völkerbundes stellen, in dem die Entente allein zu kommandieren hätte. Schon das ist eine seltsame Verkennung aller Demokratie, wenn man eine so demokratische Einrichtung wie den Völkerbund schafft, und für diesen Völkerbund Mitglieder erster und zweiter Klasse vorsieht, wobei einstweilen auch noch die Frage offen gelassen wird, ob Deutschland nicht einfach vor der Tür des Völkerbundes so ein oder zwei Jahre stehen bleiben muß, um auf die Zulassung zur Mitgliedschaft zu warten.

Wenn man bedenkt, daß Deutschland in seinen Gegenvorschlägen bis an die äußerste Grenze dessen gegangen ist, was nach der Ansicht deutscher Optimisten ökonomisch und finanziell von Deutschland erfüllt werden kann, so kann man aus der Differenz zwischen dem deutschen Angebot und den augenblicklichen Zugeständnissen der Entente ermessen, wie